



Iklé (M.) beim SPIEGEL-Gespräch*: „Die Sowjet-Union ist für die Militarisierung der Lage verantwortlich“

„Eine lange Geschichte von Gewalt“

Pentagon-Staatssekretär Fred C. Iklé über die US-Intervention in Mittelamerika

SPIEGEL: Herr Staatssekretär, US-Kriegsschiffe vor den Küsten Zentralamerikas, US-Versuche, das Regime in El Salvador an der Macht zu halten, das in Nicaragua zu stürzen, US-Manöver von kaum je dagewesenem Ausmaß, die einen ganzen Staat, Honduras, in ein Kriegslager verwandelt haben, US-Marineinfanteristen beim Sturm auf Grenada – es scheint, als wollte die Reagan-Regierung nun mit militärischen Mitteln versuchen, die Vorherrschaft der USA über Mittelamerika wiederherzustellen.

IKLÉ: Der Präsident hat beim Kongreß gerade, ausgehend vom Bericht der Kissinger-Kommission, Wirtschaftshilfe für Mittelamerika in Höhe von rund acht Milliarden Dollar für die nächsten fünf Jahre beantragt. Die Militärhilfe dagegen soll nur um 300 Millionen Dollar im ersten Jahr steigen, im zweiten Jahr noch wesentlich weniger, und dann wird die Militärhilfe hoffentlich auslaufen. Was das Geld angeht, ist also der militärische Einsatz der USA weit geringer als der wirtschaftliche.

Hinzu kommt: Die Sowjet-Union hat ungefähr siebenmal soviel Militärhilfe und Kriegsgüter in die Karibik geschickt wie wir. Sie unterhält in Lateinamerika ungefähr 20mal soviel Militärberater wie wir. Wenn Sie also von einer Militarisie-

Fred Charles Iklé

bestimmt als Staatssekretär im Pentagon und Vertreter von Verteidigungsminister Weinberger die Mittelamerika-Politik der USA mit, die zunehmend militärischen Überlegungen folgt. Vor den Wahlen in El Salvador erinnerte Iklé die Kongreßabgeordneten daran, daß sie 1975 die Militärhilfe für Kambodscha gestoppt und dadurch das folgende Blaubad in dem südostasiatischen Land mitverschuldet hätten. 1924 in der Schweiz geboren, wanderte Iklé 1946 in die USA aus, wo er 1950 als Sozialwissenschaftler promovierte. Er spezialisierte sich auf Diplomatie- und Strategie-Fragen, schrieb Bücher über „Strategie und Taktik diplomatischen Handelns“ sowie „Die sozialen Auswirkungen des Bombenkriegs“. Präsident Nixon berief Iklé 1973 zum Direktor der Rüstungskontrollbehörde, Reagan holte ihn 1981 als Chefdenker ins Pentagon. Denn der freundlich wirkende Gelehrte zählt zu Amerikas Falken: Er betrieb den (inzwischen abgebrochenen) Boykott der USA gegen das Erdgasgeschäft Westeuropas mit der UdSSR.

rung der Lage sprechen, dann ist die Sowjet-Union dafür verantwortlich.

SPIEGEL: Das sowjetische Engagement erstreckt sich über einen langen Zeitraum. Die amerikanischen Aktionen dagegen sind innerhalb weniger Wochen oder Monate abgelaufen – die Manöver, der Flottenaufmarsch, eine Invasion. Das sieht doch nach einer massiven militärischen Eskalation aus.

IKLÉ: Wir haben Bündnis-Verpflichtungen in der Region, deshalb müssen unsere Streitkräfte von Zeit zu Zeit dort üben. Wir wollten auch die Zusammenarbeit unserer Streitkräfte und der Streitkräfte von Honduras für den Fall erproben, daß uns Honduras irgendwann in der Zukunft zu Hilfe rufen sollte.

SPIEGEL: Wie im Falle Grenada? Und gegen den Honduras-Nachbarn Nicaragua? Sie würden das doch wahrscheinlich begrüßen, weil die USA, wie Sie jüngst erklärten, „die Konsolidierung des Sandinisten-Regimes in Nicaragua verhindern müssen, das zu einem Arsenal für Aufstände werden könnte, für den Export von Gewalt“.

IKLÉ: Nicaragua baut die stärkste Militärmacht in Mittelamerika auf, stärker als Mexiko, und Mexiko ist viel größer. Nicaragua hat Terrorismus im benachbarten Costa Rica angezettelt und versucht seit langem auch, den Terrorismus nach Honduras zu exportieren.

* Mit Redakteuren Hans Hielscher und Heinz P. Lohfeldt im Washingtoner Pentagon.

SPIEGEL: Und jetzt unterstützen Sie die „Contras“, die vor allem von Honduras aus gegen die Sandinisten in Nicaragua operieren. Gibt es zwei Arten von Interventionen, gute und schlechte?

IKLÉ: Es gibt Interventionen, mit denen die Wünsche eines Volkes in seinem eigenen Land vereitelt werden sollen, die den Menschen ein unerwünschtes Regime aufzwingen oder mit denen man sich einen Teil dieses Landes einverleiben will. Afghanistan ist ein Beispiel. Auch die Intervention Nicaraguas in Costa Rica sollte ein Regime an die Macht bringen, das die Menschen in Costa Rica nicht wollten.

Andererseits kann es auch Unterstützung für den demokratischen Prozeß geben. Wenn Sie wollen, können Sie das ebenfalls Intervention nennen. Diese Intervention aber will dem Volk helfen, eine eigene Regierung zu bilden und die Kräfte der Unterdrückung abzuschütteln. Welche Intervention man gut nennt, welche schlecht, ist Ansichtssache.

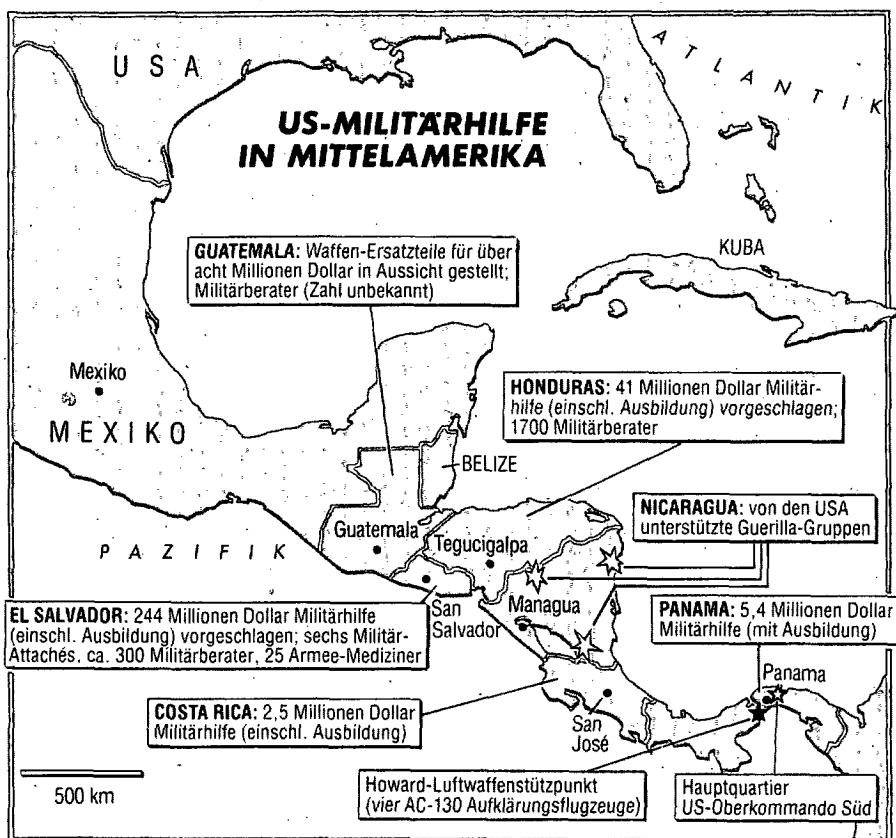
SPIEGEL: Ihrer Ansicht nach sind US-Interventionen offensichtlich immer gut und gerechtfertigt. Wenn Präsident Reagan sagt, er glaube fest an „das Recht eines Landes, im wohlverstandenen eigenen Interesse geheime Unterwanderung zu praktizieren“, dann meint er doch sicher nicht irgendein Land, sondern ganz allein die USA.

IKLÉ: Wenn Sie die Demokratie als Regierungsform erhalten wollen, müssen Sie sich über eines im klaren sein: Es gibt totalitäre Kräfte, die willens sind, alle erdenklichen Mittel einzusetzen, um demokratische Regierungen zu unterminieren. Denn in der Demokratie sehen sie ihren Feind. Sie bedienen sich offener Aggression oder auch groß angelegter Invasionen, wenn ihnen das sicher erscheint. Hinzu kommen geheime Unterwanderung, Terrorismus, politische Propaganda und vieles andere mehr. Solche Angriffe können am Ende sehr erfolgreich sein und demokratische Entwicklungen zu Fall bringen.

SPIEGEL: Was für demokratische Entwicklungen gibt es eigentlich südlich der US-Grenzen zu verteidigen?

IKLÉ: Zwei Drittel der Länder südlich der USA sind heute Demokratien. Aber in anderen, das stimmt, gibt es noch keine Demokratie. Einige haben, weil sie sich im Krieg befinden, immense Schwierigkeiten, den Demokratisierungsprozeß voranzubringen. Nehmen Sie El Salvador, wo nun schon zum zweiten Mal eine Wahl mitten im Krieg stattfinden wird.

SPIEGEL: Anfang 1981, bevor die USA El Salvador umfassende Militärhilfe gewährten, war die Armee des Landes in der Lage, einen Großangriff der Guerrilleros 3000 bis 5000 Mann. In dem Maße aber, wie die USA ihr Engagement verstärken, schien die Armee El Salvadors schwächer zu werden, verviel-



fachte sich die Zahl der Guerrilleros. Die Aufständischen kontrollieren heute einen größeren Teil des Landes als vor einem Jahr, und manche Beobachter glauben sogar, daß ihr Sieg unmittelbar bevorsteht. Wenn El Salvador wirklich dabei ist, eine Demokratie zu werden, wie erklären Sie dann, daß nicht die Zahl der Regierungsanhänger ständig gewachsen ist, sondern der Guerrilleros?

IKLÉ: Wir schätzen, daß die Guerilla von 8000 auf 12 000 angewachsen ist, aber das ist noch immer ein kleiner Bruchteil der Bevölkerung ...

SPIEGEL: ... die bei fünf Millionen liegt.

IKLÉ: Richtig. Die Guerrilleros haben also nicht wirklich die Unterstützung der Bevölkerung. Sie erhalten Hilfe von außen, besonders aus und über Nicaragua. Diese Unterstützung hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Das allein schon mag erklären, daß die Zahl der Guerrilleros anstieg.

Außerdem leidet El Salvador unter einer wirtschaftlichen Depression und den Absatzschwierigkeiten für seine



US-Militärberater (r.), Honduraner: „Wir haben Bündnisverpflichtungen“

wichtigsten Agrarprodukte. Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Rückgang waren die Folge, und das alles wurde noch dadurch verschärft, daß die Guerrilleros ganz gezielt die Infrastruktur des Landes angreifen. Diese beiden Faktoren sind verantwortlich für die augenblicklichen Schwierigkeiten der Regierung von El Salvador.

SPIEGEL: Wirklich nur „augenblickliche Schwierigkeiten“? Sie teilen also nicht die düsteren Voraussagen vom bevorstehenden Sieg der Guerrilleros?

IKLÉ: Wenn wir weiterhin die notwendige Hilfe schicken – nicht amerikanisches Personal, aber Waffen, Munition, Medikamente und Wirtschaftshilfe –, dann, glaube ich, können wir ein genügend starkes Gegengewicht gegen die kubanische, sowjetische, nicaraguanische Unterstützung für die Aufständischen schaffen. Und wenn wir El Salvador über die nächsten Wahlen hinaus helfen, wenn wir das Land tatkräftig zum Aufbau demokratischer Institutionen ermuntern können, erwarte ich einen deutlichen Rückgang der Guerilla-Bewegung. Sie mag sich möglicherweise auf latenten Terrorismus reduzieren und schließlich ganz verschwinden.

SPIEGEL: Halten Sie Wahlen wirklich für ein Allheilmittel? Ist es nicht viel vordringlicher, die Kämpfe in El Salvador zu beenden, Gespräche zwischen den einzelnen Bürgerkriegsparteien in Gang zu bringen und zu einer Vereinbarung zu gelangen?

IKLÉ: Wir halten Wahlen für wichtig, weil wir an die Demokratie glauben. Das ist vielleicht ein bißchen altmodisch.

SPIEGEL: Nicht unbedingt. Aber Wahlen allein schaffen doch noch keine Demokratie, besonders...

IKLÉ: Moment. Wir unterstützen auch, im Einklang mit der Regierung von El Salvador, die Forderung nach Verhandlungen. Es gibt allerdings einen harten Kern von Kommunisten in dieser Aufstandsbewegung, der mit allen verfügbaren Mitteln die totale Macht zu erringen sucht. Diese Leute kann man nicht durch Gespräche von ihren Überzeugungen abbringen. Die werden so lange Gewalt anwenden, bis sie Erfolg haben. Sie müssen mit Gewalt besiegt werden.

SPIEGEL: Aber ein Großteil der Bevölkerung, diejenigen nämlich, die in von der Guerilla kontrollierten Gebieten leben, wird an den Wahlen nicht teilnehmen können.

IKLÉ: Weniger als 20 Prozent.

SPIEGEL: Und natürlich können sich die ins Exil Vertriebenen – überwiegend Politiker links vom Zentrum, aber keineswegs Kommunisten – nicht den Wählern stellen, die mithin nur eine begrenzte Auswahl haben.

IKLÉ: Es steht zwar keine Partei zur Wahl, die ein bolschewistisches Machtmonopol errichten will. Aber innerhalb eines demokratischen Spektrums ist die



Opfer der Todesschwadronen in El Salvador: „Keine Beweise“

Auswahl doch sehr groß. Es gibt die christdemokratische Partei, die, sieht man sich ihr Programm einer Landreform an, in der europäischen Politik wohl als sozialdemokratisch angesehen werden würde. Es gibt Gewerkschaften, die aktiv an den Wahlen teilnehmen...

SPIEGEL: Aber es gibt praktisch nur drei Kandidaten für die Präsidentschaft: den Rechten Roberto D'Aubuisson, der im US-Kongreß als „pathologischer Killer“ bezeichnet wurde, den früheren Präsidenten José Napoleón Duarte, einen Christdemokraten, dem die wichtigste Gruppe des Landes, das Militär, die Unterstützung verweigert, und schließlich noch einen Kandidaten, Francisco José Guerrero, der in El Salvador „Amerikas Kandidat“ genannt wird.

Mehrere andere, die man in Europa als Sozialdemokraten bezeichnen würde, leben im Exil und wagen nicht, nach Hause zu kommen und sich zur Wahl zu stellen. Denn die Regierung ist unfähig, ihre Sicherheit zu garantieren. Sie sind offen bedroht worden, die berüchtigten Todesschwadronen warten nur auf sie.

IKLÉ: El Salvador hat eine lange Geschichte von Gewalt. Der Krieg verstärkt diese Tendenz nur noch. Es mag schon stimmen, daß sich einige Leute gern legitim einer demokratischen Wahl stellen möchten, daß sie bereit sind, an

der Wahlurne zu verlieren oder zu gewinnen, sich aber physisch bedroht fühlen. Das muß korrigiert werden. Deshalb versuchen wir ja, das Justizwesen zu verbessern, die Todesschwadronen an die Kandare zu nehmen.

SPIEGEL: Wie wollen Sie das bewerkstelligen, wenn Roberto D'Aubuisson zum Präsidenten gewählt wird? Und seine Chancen stehen ja wohl sehr gut. Dieser Mann ist schließlich immer wieder mit den Todesschwadronen in Verbindung gebracht worden, die Vereinigten Staaten verweigern ihm die Einreise.

IKLÉ: Darüber entscheiden wir, wenn es soweit ist.

SPIEGEL: Keine Pläne für den Ernstfall?

IKLÉ: Wenn bei einer Wahl eine fragwürdige Person an die Spitze gelangt, können sich daraus ernsthafte Probleme für die Beziehungen zwischen demokratischen Ländern ergeben. Aber es steht ja noch keineswegs fest, ob all das wahr ist, was über Mr. D'Aubuisson gesagt wird. Lassen wir erst einmal die Menschen in El Salvador entscheiden.

SPIEGEL: Mit der jetzigen Regierung sind Sie ja nicht gerade erfolgreich gewesen. Sie selbst, Vizepräsident Bush, Außenminister Shultz sind nach El Salvador gefahren und haben gefordert, mit den

Todesschwadronen aufzuräumen. Die USA haben der Regierung in San Salvador eine Liste von über 25 Offizieren und Zivilisten überreicht, die mit den Todesschwadronen zu tun haben, und vorgeschlagen, diese Leute ins Exil zu schicken. Daraufhin wurden drei oder vier auf diplomatische Posten im Ausland entsandt, was man nicht gerade als Bestrafung bezeichnen kann. Den anderen geschah überhaupt nichts.

IKLÉ: Wenigstens bewegen sich die Dinge jetzt in der richtigen Richtung. Die Morde, die den Todesschwadronen zugeschrieben werden, sind in den letzten Monaten zurückgegangen, und es sind auch Beschuldigte festgenommen worden. Das hätte, da haben Sie recht, alles schon viel eher geschehen müssen, aber die Mühlen der Justiz mahlen langsam, beinahe so langsam wie in Deutschland und den USA. Wir haben unseren Einfluß geltend gemacht, so gut wir konnten, und werden das nach den Wahlen noch verstärken.

SPIEGEL: Bis jetzt ist nicht eine einzige Person verurteilt, ist nicht einmal Anklage erhoben worden gegen jene, die für die Ermordung von US-Bürgern – von vier Nonnen und zwei Landwirtschaftsberatern – verantwortlich sind. Von Leuten, die in die Morde an Salvadorianern verwickelt sind, wollen wir gar nicht reden.

IKLÉ: Das salvadorianische Gerichtswesen befindet sich in einem schlechten Zustand. Glücklicherweise haben wir zusätzliches Geld vom Kongreß bekommen, um das System zu verbessern, so daß die Gerichte Rückstau und Verzögerungen überwinden können.

SPIEGEL: Wollen Sie uns erzählen, daß es sich wirklich nur um Staus und Verzögerungen handelt? Gibt es nicht auch Vertuschungen?

IKLÉ: Staus und Verzögerungen.

SPIEGEL: Keine Vertuschungen für hohe Regierungsmitglieder?

IKLÉ: Ich gehe davon aus, daß die Verteidigung alle Möglichkeiten ausschöpft. Auch in unseren beiden Ländern versuchen die Verteidiger, Verhandlungen hinauszuzögern, argumentieren die Anwälte, irgend etwas sei zu spät eingereicht worden und so weiter. Wie auch anderswo mag es Vertuschungen geben, Richter, die nicht Recht sprechen wollen, Ankläger, die nicht anklagen wollen...

SPIEGEL: ... und Leute in Führungspositionen, die in die Morde und Vertuschungen verwickelt sind. Verteidigungsminister Vides Casanova zum Beispiel soll im Fall der amerikanischen Nonnen in die Vertuschung verwickelt sein, denn die Einheit, welche die Frauen ermordete, stand unter dem Kommando seines Cousins.

IKLÉ: Diese Beschuldigung wurde erst in jüngster Zeit erhoben, wir haben keinen Beweis dafür, daß sie stimmt. Vides Casanova hat die Vorwürfe bestritten.



US-General Gorman
Mehr Gewicht als die Diplomaten

SPIEGEL: Natürlich. Er bestreitet es, jedermann bestreitet die Vorwürfe. Tatsache aber ist, daß jeden Monat Hunderte von Menschen umgebracht werden.

IKLÉ: Wenn Sie damit sagen wollen, daß es viele Mordfälle gibt in El Salvador, dann stimmt das. Es gibt Morde aufgrund von Familienfehden und ähnlichem. Es gibt die Morde der Guerilla. Und dann gibt es die viel zu vielen Morde, die wohl den Todesschwadronen zugerechnet werden müssen, bei denen manchmal der Verdacht besteht, daß Leute aus der Regierung und den Streitkräften darin verwickelt sind. Natürlich läßt sich der Beweis hierfür sehr schwer erbringen.

SPIEGEL: Sie selbst haben die extreme Rechte in El Salvador mit früheren faschistischen Bewegungen in Europa verglichen...

IKLÉ: Verzeihung, ich habe nicht den rechten Flügel in El Salvador mit den Faschisten in Europa verglichen. Ich habe gesagt, es gebe Hinweise, daß die Tätigkeit der Todesschwadronen von der extremen Linken möglicherweise toleriert, wenn nicht gar gelegentlich unterstützt wird. Dies wäre nicht das erste Mal in der Geschichte, daß Faschisten und Kommunisten zusammenarbeiten, um die Demokratie zu zerstören.

SPIEGEL: Beide unterminieren das demokratische System.

IKLÉ: Genau.

SPIEGEL: Aber was der eine für einen Terroristen hält, ist oft genug der Freiheitskämpfer des anderen. Deshalb stimmen viele Europäer nicht mit Ihrem Präsidenten überein, der Nicaraguas Contras als „Freiheitskämpfer“ bezeichnet. Diese Europäer glauben, daß man die Sandinisten mit nicht-militärischen Mitteln auf den demokratischen Pfad führen könne. Sind das Träumer?

IKLÉ: Ja. Diese in Europa vertretenen Ansichten waren, angesichts der Persönlichkeiten der Sandinisten, die Nicaragua führen, großteils unrealistisch. Und viele Europäer haben das inzwischen erkannt. Das Fehlurteil mag mit der Entfernung zu erklären sein und vielleicht auch damit, daß den Europäern einfach nicht genug Informationen darüber vorlagen, was aus der Revolution in Nicaragua geworden ist.

SPIEGEL: Haben die USA nicht selbst anfangs die Sandinisten begrüßt?

IKLÉ: 1979, noch bevor die Sandinisten Managua erobert hatten, wurde ihr Regime bereits von den USA anerkannt. Amerika bahnte ihnen den Weg nach Managua. In gewisser Weise wurde Somoza von der Carter-Regierung und anderen Ländern der Region bewußt unterlaufen. Als Gegenleistung verspra-



Contras vor dem Einsatz in Nicaragua: Hilfe von der CIA

chen die Sandinisten, Wahlen abzuhalten. Aber das hielten sie nicht ein.

SPIEGEL: Und deshalb nehmen sich die USA jetzt das Recht heraus, die Opposition gegen die Regierung zu unterstützen – mit geheimen, von der CIA geförderten Aktionen.

IKLÉ: Angesichts der Tatsache, daß die Sowjet-Union und Kuba Waffen nach Nicaragua schicken, die Polizei dort ausbilden und das Instrumentarium für eine Diktatur errichten, hat das Volk keine Chance, eine Regierungsreform zu bewirken und zu wählen, wen es sich wünscht – es sei denn, die Opposition wird unterstützt.

der frühere Sandinisten-Held, hat wieder eine andere Meinung als andere Oppositionsgruppen.

SPIEGEL: Pastora hält die enge Identifizierung der Contras mit den Vereinigten Staaten für schädlich.

IKLÉ: Das ist sicher verständlich angesichts der langen Geschichte von Schwierigkeiten zwischen Nicaragua und den Vereinigten Staaten.

SPIEGEL: Das ist sehr vornehm ausgedrückt . . .

IKLÉ: . . . darüber sind wir uns im klaren.

SPIEGEL: Und Ihnen ist sicher auch klar, daß Sie für Ihre Politik in Mittel-

einigten Staaten, die wiederum einzelne Mitglieder des Kongresses beeinflussen.

SPIEGEL: Auf der anderen Seite erhebt Präsident Reagan das ganze Problem in geostrategische Dimensionen. „Wenn wir uns in Mittelamerika nicht verteidigen können“, sagt er, „können wir nicht erwarten, anderswo die Oberhand zu behalten. Unsere Glaubwürdigkeit würde zusammenbrechen. Unsere Bündnisse würden zerbröckeln, und die Sicherheit unseres Heimatlandes geriete in Gefahr.“ Das klingt wie die Dominotheorie der 80er Jahre.

IKLÉ: Es ist nicht gerade eine Domino-Theorie. Aber wir haben eine sehr lange Grenze mit Mexiko, eine offene, militärisch ungeschützte Grenze. Wir haben eine offene Küste. Wichtige Schifffahrtslinien gehen durch die Karibik, in Friedenszeiten, aber auch falls wir einmal unseren europäischen Alliierten helfen müßten. Wenn nun diese Region immer mehr unter die Kontrolle von Regimen geriete, die militärisch eng mit der Sowjet-Union verbündet sind, müßten wir große Teile unserer Streitkräfte verlagern oder das Verteidigungsbudget immens erhöhen, um uns selbst wie auch die Interessen unserer Alliierten so zu schützen, wie wir das auch in anderen Regionen tun. Wir möchten aber nicht, daß es dazu kommt. Wir wollen keine Streitmacht in den Süden unseres Landes verlegen.

SPIEGEL: Aha, hier kommt also das Militär ins Spiel. Deshalb sitzen wir hier im Pentagon, deshalb haben Sie, Dr. Iklé, sich in letzter Zeit häufiger zum Thema Mittelamerika geäußert. Deshalb hat General Paul F. Gorman, der Chef des US-Oberkommandos Süd in Panama, in Mittelamerika mehr Gewicht als US-Diplomaten und -Politiker.

IKLÉ: Wenn Sie damit sagen wollen, daß wir die Region für wichtig halten, haben Sie absolut recht. Der Präsident hat das erklärt. General Gorman hat das herausgestrichen.

SPIEGEL: Wenn immer mehr Erklärungen zu Mittelamerika von Generälen abgegeben werden statt von Politikern, zeigt das doch, daß die Außen- und Sicherheitspolitik der USA gegenüber dieser Region zunehmend von militärischen Überlegungen bestimmt wird.

IKLÉ: Das ist beides schlicht falsch. Zunächst einmal: Über diese Region haben sich nur sehr wenige Militärs geäußert, mit der Ausnahme von General Gorman, und der ist dafür zuständig.

SPIEGEL: Er allein reicht doch schon, vor allem wenn er Erklärungen abgibt wie die, daß Mexiko die „korrumpteste Regierung und Gesellschaft in Mittelamerika“ habe und für die nächsten zehn Jahre das „Sicherheitsproblem Nummer eins“ der USA sei.

IKLÉ: Das war eine persönliche Erklärung des Generals, die von der Regierung weder geteilt noch gedeckt wird.

SPIEGEL: Aber General Gorman hatte doch sicher die Zustimmung der



Sandinisten-Truppen mit Sowjet-Hubschrauber: Domino-Theorie der 80er Jahre?

SPIEGEL: Und Sie glauben, daß die Contras das Volk von Nicaragua vertreten, daß sie seine Unterstützung haben?

IKLÉ: Sie haben in der Tat enorme Unterstützung erhalten, nicht nur im Gebiet der Miskito-Indianer, die vom Sandinisten-Regime verfolgt werden, sondern auch in anderen Landesteilen.

SPIEGEL: Bevor die Sandinisten an die Macht kamen, wurde das Land von einem Diktator mit seiner Familie beherrscht. Erfahrungen mit der Demokratie hat Nicaragua ganz gewiß nicht. Aber Sie glauben, ausgerechnet die Contras könnten das Land in eine Demokratie verwandeln?

IKLÉ: Allein schon die Vielfalt der Meinungen innerhalb der den Sandinisten gegenüberstehenden Opposition über die Frage, wie der Kampf für eine Veränderung des Regimes in Nicaragua geführt werden soll, ist vielversprechend. Einige glauben an paramilitärischen Kampf, einige lehnen ihn ab. Die Miskitos haben ihre eigene Kultur und ihre eigenen Ansichten. Edén Pastora,

amerika bei Ihrer eigenen Bevölkerung nur wenig Unterstützung finden.

IKLÉ: Hier wird derzeit sehr viel über Mittelamerika debattiert, nicht zuletzt deshalb, weil das Problem neu ist. Denn obwohl Zentralamerika gleich nebenan liegt, stehen die Menschen in diesem Lande doch kulturell und im Hinblick auf ihren Wissensstand – nehmen Sie nur die Auslandsbesuche – Europa näher. Während das amerikanische Volk einsieht, daß wir unsere Freunde im Nahen Osten und in Europa unterstützen müssen, sind die Probleme Mittelamerikas etwas Neues. Es gibt aber auch sehr effektive und sehr intensive Versuche, Opposition gegen die Lateinamerika-Politik der Administration zu organisieren. Dahinter stehen Kuba, Nicaragua und verschiedene Gruppen der äußersten Linken.

SPIEGEL: Haben diese Gruppen wirklich irgendeinen Einfluß, zum Beispiel auf den Kongreß?

IKLÉ: Sie haben Einfluß auf eine Anzahl von Organisationen in den Ver-

Regierung, als er sich mit den Verteidigungsministern von El Salvador, Guatemala und Honduras traf, um den Mittelamerikanischen Verteidigungsrat Condeca wiederzubeleben. Das wird weitgehend als der Wiederbeginn einer Militäralianz interpretiert, die Nicaragua in die Knie zwingen könnte.

IKLÉ: Der Mittelamerikanische Verteidigungsrat wird nicht wiederbelebt.

Zu wenige Länder sind daran interessiert. Aber ein bestimmtes Maß an Kooperation ist sinnvoll. Das sind enge Nachbarn und Alliierte. Und wenn General Gorman sich mit den Verteidigungsministern trifft, ist das ebenso natürlich wie wenn Nato-Oberbefehlshaber General Rogers sich in Deutschland mit den europäischen Verteidigungsministern trifft.

SPIEGEL: Er zitiert sie nicht an Bord eines amerikanischen Flugzeugträgers vor der Küste Belgiens.

IKLÉ: Ich glaube, die europäischen Verteidigungsminister machen auch solche Besuche. Sie kommen oft hierher und sehen sich militärische Einrichtungen an, darunter auch Kriegsschiffe.

SPIEGEL: Herr Staatssekretär, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

„Wir sind nur Zuschauer, nur Beobachter“

SPIEGEL-Redakteur Armin Wertz über den Krieg und die Wahlen in El Salvador



Wahlversammlung in El Salvador*: „Die Wahlen lösen nichts“

Im Estado Major, dem Stabshauptquartier der Armee von El Salvador, läuft der Krieg noch prächtig. Der neue Chef, Oberst Adolfo Blandón, preist die angeblichen Erfolge seiner Truppen, erläutert Einsatzgebiete und -pläne, gibt optimistische Prognosen: ein Mann offenbar, der sein Handwerk versteht.

Vor Ort sieht alles anders aus. Auch im vierten Jahr des Bürgerkrieges ist noch kein Anzeichen einer Schwächung des Gegners zu entdecken, irren Blandóns Truppen, entnervt von nächtlichen Rebellenangriffen, durch verlassene Guerilla-Camps und bereits geräumte Ortschaften.

Während nur wenige Kilometer entfernt der Christdemokrat José Napoleón Duarte auf Stimmenfang geht und dabei naiv einen künftigen Frieden beschwört, greift die Infanteriebrigade aus San Miguel unter Oberstleutnant Domingo Monterrosa mit Mörsern und Luftunterstützung das Städtchen Chinameca an.

Zwei Tage lang hatten Verbände der Guerilla, der „Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí“ (FMLN), den Ort besetzt gehalten, hatten Hauswände und Straßenasphalt mit politischen Paro-

len besprüht und Propaganda gegen die Wahlen und für ihre Organisation gemacht. Nun ziehen sie sich geordnet in langen Reihen in Richtung Westen zurück, während Monterrosas Infanteristen mit Granaten, MG- und Gewehrfeuer vom Osten her die Straßen beschießen.

Niemand wagt sich aus den Häusern. „Die Guerrilleros sind schon längst weg“, zetert eine Marktfrau im Schutz eines Hauses. „Sie gehen immer, bevor es in der Stadt zum Kampf kommt“, weiß die Frau aus Erfahrung.

Stunden später ziehen die Regierungssoldaten, ihren „Sieg“ bejubelnd, in die Stadt ein. Zur gleichen Zeit erreichen die FMLN-Gruppen das nur vier Kilometer entfernte Jucuapa. Dort sind sie vorläufig sicher, denn Jucuapa liegt nicht mehr im Departement San Miguel, sondern in Usulután – und dorthin folgt ihnen die Brigade aus San Miguel nicht.

Die Leute in Jucuapa haben sich schon längst an die Guerrilleros gewöhnt und gehen unbeeindruckt ihrer Arbeit nach. „Sie kommen beinahe täglich in die Stadt, essen und trinken Bier“, erzählt der Inhaber einer kleinen Tienda, eines Kramladens, „sie leben praktisch hier.“

Der Krämer hat sich jetzt einen zweiten Kühlschrank angeschafft, denn der

Umsatz ist um 50 Prozent gestiegen, seit die „compañeros“ den Ort frequentieren. Die Guardia Nacional, die früher hier stationiert war, zog sich schon vor einem Jahr zurück. Seither hängen rote Spruchbänder über den Straßen: „Die Wahlen sind eine erneute Verhöhnung des Volkes.“ Von den Wänden prangt die Aufforderung „Reih dich ein in die FMLN.“

Im Kino schauen Marktfrauen, Bauern, Kinder, Alte und ein paar Hunde einen Film an, den die Guerrilleros gedreht haben. Er zeigt Kämpfe in Morazán, im Nordosten des Landes, eine Provinz, die schon vor Jahren von der FMLN eingenommen wurde. Von einem nächtlichen Gefecht ist auf der Leinwand nur das Mündungsfeuer der Gewehre zu sehen.

Der respektvolle Beifall, den sie dem Streifen zollen, gibt kaum Aufschluß darüber, was sie denken. „Wir sind nur Zuschauer, nur Beobachter“, damit entzieht sich ein alter Bauer jeder Stellungnahme.

Mehr Stimmung herrscht auf dem Dorfplatz. Dort führt eine Schauspielgruppe der Rebellen, beklatscht, belacht und durch Zwischenrufe unterbrochen, eine Posse auf. Zu sehen ist ein „Mr. Imperialismus“, der mit einer „Doña Oligarchie“ nicht nur Geschäftliches treibt.

El Salvador im Wahlkampf: Das Land ist bankrott, vom Krieg verwüstet, die Bevölkerung entwurzelt, verängstigt und untereinander verfeindet. Am 25. März soll sie einen Präsidenten wählen: Das sei, meint der mächtigste Mann am Platze, US-Botschafter Thomas Pickering, „ein weiterer wichtiger Schritt zu einer demokratischen Regierung“.

Eine gespenstische Wiederholung steht den Wählern El Salvadors ins Haus. Die Wahl vor zwei Jahren, als es um die Einrichtung einer verfassunggebenden Versammlung ging, hat nichts zur Lösung des Salvador-Konfliktes beitragen können. Trotzdem stehen dieselben politischen Parteien, dieselben Kandidaten zur Debatte.

Es ist, als solle die Wahl wiederum nur politische Hilflosigkeit demonstrieren. Denn über die Zukunft dieses Landes wird derzeit vor allem außerhalb des Landes entschieden: in Washington, wo

* Anhänger des Präsidentschaftskandidaten Duarte.